

FPÖ-Generalsekretär Uwe Scheuch im „WZ“-Interview:

„Bis 2006 wird es eine stabilere FPÖ geben“

Nach der nächsten Nationalratswahl werden die Freiheitlichen „sicher nicht mehr wie 2002 ohne Wenn und Aber in die Regierung drängen“, kündigt FPÖ-Generalsekretär Uwe Scheuch im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“ an. Bis 2006 werde es allerdings „eine stabilere FPÖ geben“. Die Schwerarbeiterfrage erklärt er einmal mehr zur Koalitionsfrage.

„Wiener Zeitung“: Sie sind jetzt seit sechs Wochen Generalsekretär – wo macht sich bereits Ihre Handschrift bemerkbar?

Uwe Scheuch: Ich versuche, in vielen internen Bereichen die Dinge wieder zusammenzuführen, etwa zwischen Klub und Partei. Nach außen ist es mir gelungen, wieder Aussagen und Richtungen klar zu kommunizieren.

Die letzten Jahre waren für die FPÖ turbulent. Wen und was bekommt man, wenn man bei den kommenden Nationalratswahlen 2006 die FPÖ wählt?

Bis 2006 wird es eine stabilere FPÖ geben, die in ihren Grundzügen nicht mehr ein solches Glaubwürdigkeitsproblem hat. Wir werden sicher nicht mehr wie 2002 ohne Wenn und Aber in die Regierung drängen, sondern mit einem klaren Programm in den Wahlkampf gehen, durchaus auch mit Punkten, die nicht der jetzigen Regierungslinie entsprechen.

Was bedeutet das konkret?

Eine Regierungsbeteiligung bedeutet immer einen Kompromiss, umso wichtiger sind Parteivisionen. Deshalb ist die Profilierung der Partei bis 2006 so wichtig. Unser Ziel ist es, wieder vor den Grünen dritte Kraft zu werden. Dann haben wir alle Optionen.

Wo wird sich die Profilierung von der jetzigen Regierungslinie unterscheiden?

Der Sparkurs in der Sicherheitspolitik und im Justizbereich ist falsch, hier brauchen wir mehr Personal. Die Agrarreform gefährdet ländliche Strukturen, hier braucht es eine Stärkung im Rahmen des Finanzausgleichs.

Sollten Sie nicht im Sinne einer einheitlichen Außendarstellung die Aktivitäten des „Club Jörg“ einstellen?

Zuerst muss man selbst an der Spitze vorleben, wie man mit einer Stimme spricht. Erst dann kann man andere dazu anhalten.

Trotzdem: Wie geht es Ihnen mit den Herren Ewald Stadler, Heinz-Christian Strache und Andreas Mölzer?

Eigentlich sehe ich die Flügelkämpfe in der FPÖ gar nicht so stark wie sie dargestellt werden. Aber es muss uns gelingen, aus Einzelspielern ein Team zu formen. Wobei ich Ewald Stadler als Sonderfall bezeichnen möchte, denn er hat keine führende Parteifunktion, weil er Volksanwalt ist. Deshalb sollte er

nicht zu jedem Thema der Parteispitze seine persönliche Ansicht via Medien mitteilen.

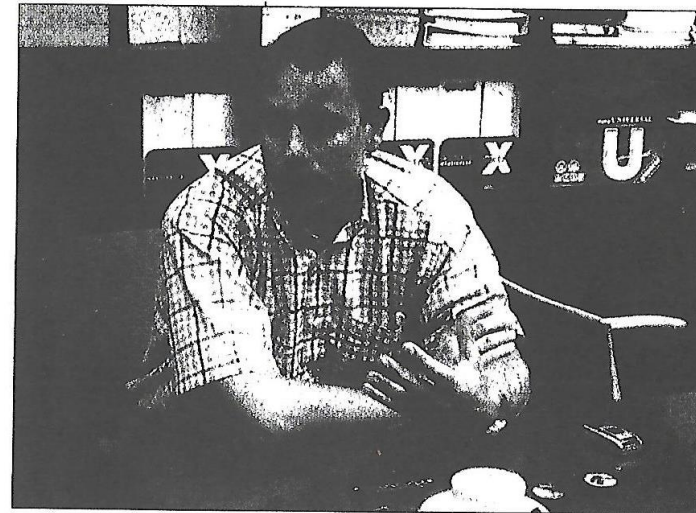
Haben Sie schon mit Stadler gesprochen, damit das aufhört?

Ja, aber Stadler vertritt nicht die Meinung der FPÖ, darauf lege ich großen Wert. Wenn wir alle Kräfte, die wir derzeit für die interne Diskussion aufbrauchen, für die Arbeit nach außen verwenden würden, müssten wir jetzt

nicht um den dritten Platz kämpfen.

Am Freitag hat sich die FPÖ vom Grundpfeiler der Harmonisierung 80-65-45 verabschiedet, indem sie 65 Jahre als Pensionsantrittsalter in Frage stellte.

Jein. Nicht jede unserer Anregungen ist eine „conditio sine qua non“ – beim Reden kommen schließlich die Leute z’samm. Harmonisierung heißt gleiches Recht für alle, die Beamten haben aber noch lange Übergangszeiten, bis sie einmal 45 Jahre arbeiten müssen. Daher sollte man das als kommunizierende Gefäße sehen: Entweder erfolgt die Angleichung der Beamten rascher oder die anderen können nach 45 Jahren in Pension gehen. Die Schwerarbeiterfrage ist für uns allerdings eine „conditio sine qua non“.



Seit acht Wochen ist Uwe Scheuch Generalsekretär der FPÖ. Foto: Grass

Der Sozialexperte Bernd Marin sagt allerdings, dass die Daten für eine Beurteilung jener Tätigkeiten, die als Schwerarbeit gelten sollen, gar nicht vorhanden sind.

Die Festlegung von Schwerarbeit ist sicherlich schwieriger zu lösen als die Abschlagsfrage, wo die ÖVP der FPÖ nachgeben wird. Bei den Schwerarbeitern erwarte ich mir, dass die Sozialpartner kooperativ bleiben und nicht wieder vom Tisch aufstehen. Im realistischsten Fall kommt es bis Jahresende zu einer Einigung.

Kommt eine Wehrdienstverkürzung von acht auf sechs Monate 2006?

Nach allem, was wir bis jetzt wissen, ist das nicht möglich. Zuerst müssen die Rahmenbedingungen passen und nicht umgekehrt.

Wie geht es den FPÖ-Finzen?

Den Umständen entsprechend. Wir sparen seit dem Tag der letzten Nationalratswahl.

Das Gespräch führten
Alexandra Grass und
Walter Hämmerle